

Inhalt

Beherrschendes Thema: Krieg und Krisen.....	3
Presserat mahnt: Sorgfalt oberstes Gebot.....	3
Auf Demos nur mit Begleitschutz	3
Kommunalpolitik sieht „vierte Säule“ wackeln.....	4
Zusammenhalt als journalistische Aufgabe?.....	4
Trends bei Zeitungen: Ausgleich im Digitalen.....	4
„Lockdown-Macher“ nicht zu beanstanden.....	4
Überleben im Lokaljournalismus	4
Verbände plädieren: Assange freilassen!.....	5
Netzwerkgesetz ohne Durchsetzungskraft.....	5
Facebook muss Daten herausgeben.....	5
Graubereiche der politischen Werbung.....	5
Junge Leute mit Gespür für Netzwerk-Fallen.....	5
Twitter-Datenanalyse: Laute(r) Scheinriesen.....	6
Zehn Projekte im Kampf gegen Desinformation.....	6
Mit KI auf Faktencheck.....	6
Renommierte Schule steht vor dem Aus.....	6
Nun auch auf Deutsch: Internationale Recherchen.....	7

Medienhäuser und die Lobby-Arbeit.....	7
Zeitschriftenverleger: Aus VDZ wird MVFP.....	7
Schweiz: Aus für die zusätzliche Förderung.....	7
Qualität persönlich.....	7
Qualität zum Nachlesen.....	8
Zitiert: Qualität in aller Munde.....	8
Qualitätstreffs: Tagungen und Termine.....	8

Beherrschendes Thema: Krieg und Krisen

Der Krieg in der Ukraine stellt auch den Journalismus vor Herausforderungen und hat viele Auswirkungen. Auf einzelne Journalist:innen, die sich in den Einsatzgebieten großen Gefahren aussetzen, um ihrem Publikum ein authentisches Bild zu vermitteln. Auf russische Kolleg:innen und dort tätige Auslandskorrespondenten, die mit Freiheitsstrafen bedroht werden, wenn sie die (Sprach-) Vorgaben des Kreml nicht befolgen, und deshalb nicht selten den beruflichen Rückzug antreten. Auf den Journalismus als Ganzes, der mehr denn je mit Propaganda, Desinformation und Halbwahrheiten konfrontiert wird und der Wahrheit nahekommen versucht. Auf die Entscheider:innen über Schlagzeilen, Sondersendungen, Wortwahl und Bildselektion, die weder sensationell aufbauen oder Ängste schüren noch verharmlosen oder pauschalisieren wollen. Auf Community-Manager, die es mit Troll-Kampagnen zu tun bekommen. Auf Lokaljournalist:innen, die vor Ort über die vor den Angriffen geflohenen Ukrainer:innen berichten und neben menschlichen Schicksalen die kommunalen Aktivitäten bei Unterbringung, Schulunterricht und Hilfsaktionen begleiten. Auf einzelne Medienunternehmen, die sich Cyberangriffen erwehren müssen. Auf Verbände, die ihren Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen und neben Unterstützungsprojekten im In- und Ausland Leitfäden oder Ratgeber erarbeiten und ukrainische Berufskolleg:innen betreuen. Auf Fachjournalist:innen, die mögliche wirtschaftliche und verbraucherrelevante Auswirkungen des Krieges und der wechselseitigen Sanktionen eruieren und dem Publikum verständlich darlegen wollen. Auf Politikredakteur:innen, die aus den vielfältigen Stimmen und Stimmungen in Bund und Ländern das Relevante filtern und Paradigmen- und Perspektivwechsel im politischen Betrieb erklären müssen. Vielfältige professionelle Herausforderungen prägen zurzeit den journalistischen Alltag, aber auch sehr menschliche angesichts des Leids und der Zerstörung, die keine/n unberührt lassen. Das Thema Ukraine-Krieg bestimmt Gespräche wie Gedanken. IQ wird sich aus Sicht ihrer Partner/innen bei der nächsten Arbeitskreissitzung Ende April mit den verschiedenen Sachlagen, Blickwinkeln und Wirkungen befassen und daraus weitere Aktivitäten ableiten, über die wir berichten werden. –uk–

Presserat mahnt: Sorgfalt oberstes Gebot

Seinen Jahresbericht hat IQ-Partner Deutscher Presserat zum Anlass genommen, nicht nur statistische Daten über seine Arbeit und die ausgesprochenen Rügen zu erläutern, sondern auch an die Medien zu appellieren, sich gerade in Kriegs- und Krisenzeiten ihrer Verantwortung besonders bewusst zu sein. „Sorgfalt ist das Gebot der Stunde. Das gilt sowohl für den aktuellen Ukraine-Krieg als auch für die Corona-Lage“, betonte Presserat-Sprecher Sascha Borowski. „Die Medien sollten Krisen nicht dafür nutzen, mit übertrieben sensationellen Schlagzeilen zusätzliche Ängste zu schüren.“ 2.556 Beschwerden erreichten den Presserat im vergangenen Jahr. 60-mal rügte er die Berichterstattung, die meisten Verstöße betrafen den Persönlichkeits- und Opferschutz sowie die Schleichwerbung.

Weitere Informationen: [Pressemitteilung](#); zum [Jahresbericht](#) 2021
Kontakt: Sonja [Volkman-Schluck](#), Pressesprecherin

Auf Demos nur mit Begleitschutz

In einem ausführlichen Beitrag beschäftigen sich Philipp Bovermann und Anna Ernst für die „Süddeutsche Zeitung“ mit gefährlichen Situationen für Journalist:innen bei Protestmärschen von Corona-Leugnern (nicht nur) in Sachsen. Dabei beleuchten sie auch die Gruppen von Freiwilligen, die Medienleute schützen (lernen) und sie auf Demonstrationen begleiten. Dieser Begleitschutz leistet damit einen Beitrag für unabhängige Berichterstattung und für Pressefreiheit – und damit eine Arbeit, für die eigentlich der Staat und seine Polizeikräfte sorgen müssten. Entsprechend hat der DJV NRW unter Polizeibeamten in hoher Auflage Flyer verteilt über „Journalistische Berichterstattung bei Einsatzlagen“.

Weitere Informationen: [Bericht](#) in der „Süddeutschen“ (paid); [Flyer](#) DJV NRW (pdf)
Kontakt: Philipp Bovermann und Anna Ernst via „[Süddeutsche](#)“

Kommunalpolitik sieht „vierte Säule“ wackeln

Am Beispiel Stuttgarter Pressehaus: Landräte und Kommunalpolitiker/innen wenden sich gegen Stellenabbau, weil sie um „Qualität und Bedeutung“ des Lokaljournalismus fürchten. Die Kommunalpolitik schwinde in der Folge immer mehr aus der öffentlichen Wahrnehmung. Diese Befürchtung formulierten fünf Landräte aus Baden-Württemberg in einem offenen Brief an die Geschäftsführung des Pressehauses und kritisierten, dass die „Pressebank bei Gremiensitzungen spärlich besetzt“ sei und kaum noch Berichterstattung aus Rat und Ausschüssen folge. Ihr Plädoyer: „Kommunalpolitik braucht einen starken Lokaljournalismus.“ Hintergrund: Das Verlagshaus plant den Abbau von 55 Stellen und die Umwandlung der klassischen Ressorts in 22 „Teams“.

Weitere Informationen: [Offener Brief](#) auf Kontextwochenzeitung.de
Kontakt: Josef-Otto [Freudenreich](#), Kontext-Gründer und -Autor

Zusammenhalt als journalistische Aufgabe?

Ist es Aufgabe und Ziel des Journalismus, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erreichen bzw. zu fördern? Über diese Frage haben Forscher/innen im Umfeld des Hamburger Bredow-Instituts mit verschiedenen Personen inner- und außerhalb des Journalismus diskutiert und Meinungen für ein Impulspapier eingeholt. Ein Ergebnis: Zusammenhalt wird zwar allgemein als wünschenswerter Zustand beschrieben, uneins sind die Befragten allerdings darüber, ob das explizit Aufgabe von Journalismus ist. Die Autor:innen geben Aspekte der Diskussion wieder und entwickeln Empfehlungen.

Weitere Informationen: [Abstract](#) und [Impulspapier](#) (pdf)
Kontakt: Prof. Dr. Wiebke [Loosen](#), Mitautorin

Trends bei Zeitungen: Ausgleich im Digitalen

Auflagenrückgang bei gedruckten Zeitungen, Aufschwung im Digitalen: Durch das Wachstum dort zeichnet sich bei manchen Verlagen ab, dass die Gesamtauflage wieder steigt. Damit rechnet ein Drittel der Befragten schon für 2022, ergab eine BDZV-Trendumfrage. Fast 70 Prozent der befragten Verlage erwarten, dass die Digitalerlöse in den nächsten fünf Jahren die Rückgänge im Printbereich kompensieren werden.

Weitere Informationen: [BDZV-Information](#); [Präsentation](#)
Kontakt: Anja [Pasquay](#), BDZV-Pressesprecherin

„Lockdown-Macher“ nicht zu beanstanden

Während seiner jüngsten Sitzung im März hat der Deutsche Presserat 17 Rügen ausgesprochen, zumeist wegen Verletzung des Opferschutzes, mangelnder Sorgfaltspflicht und wegen Schleichwerbung. Nicht beanstandet wurde indes der „Bild“-Beitrag „Die Lockdown-Macher“, gegen den viele Beschwerden eingereicht worden waren. Er verstoße nicht gegen den Pressekodex, und die Bezeichnung von drei Corona-Wissenschaftlern als „Lockdown-Macher“ sei von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Weitere Informationen: Pressemitteilung zu [Rügen](#); Pressemitteilung zu [„Bild“](#)
Kontakt: Sonja [Volkmann-Schluck](#), Pressesprecherin

Überleben im Lokaljournalismus

In einer 45-minütigen Reportage hat der NDR Lokaljournalist:innen bei ihrer Arbeit beobachtet und die Veränderungen des Berufsbildes beleuchtet. „Der rasant wachsende Online-Journalismus stellt die Reporter*innen vor neue Aufgaben – wenn ihr Berufsstand nicht aussterben soll, müssen sie sich neu erfinden“, heißt es im Begleittext zu dem sehenswerten Film „Überleben im Lokaljournalismus“.

Weitere Informationen: [Film](#) in der ARD-Mediathek
Kontakt: Jean [Boué](#) (Autor), Christian von Brockhausen, @christian_v_br auf Insta (Redaktion)

Verbände plädieren: Assange freilassen!

Erneut haben sich Journalisten- und Medienverbände aus Deutschland, Österreich und der Schweiz dafür eingesetzt, den Wikileaks-Gründer Julian Assange aus der Haft in Großbritannien freizulassen. Keinesfalls dürfe er an die USA ausgeliefert werden, betonten die Verbände während einer Solidaritäts-Presskonferenz in Berlin. Der Umgang mit Assange sei eine Schande für Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Weitere Informationen: [Mitschnitt](#) der Pressekonferenz (YouTube); [Nachricht](#) bei epd medien
Kontakt: Paul [Eschenhagen](#) (DJV); Monique [Hofmann](#) (ver.di/dju)

Netzwerkgesetz ohne Durchsetzungskraft

Google und Meta/Facebook brauchen vorerst Hassredner und Hetzer im Internet nicht mit Nutzerdaten dem Bundeskriminalamt zu melden. Das Kölner Verwaltungsgericht hat einschlägige Passagen (Paragrafen 3a und 4a) des Gesetzes mit Blick auf EU-Recht und mangelnde Staatsferne gekippt (Az.: 6 L 1277/21 und 6 L 1354/21). Andere Plattformen wie Twitter und TikTok wehren sich ebenfalls gegen die Verpflichtung, Daten an das BKA herauszugeben.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) auf Heise.de
Kontakt: Dr. Stefan [Krempf](#), Autor

Facebook muss Daten herausgeben

Die Grünen-Politikerin Renate Künast bekommt mit Unterstützung des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 1073/20) die Nutzerdaten jener Facebook-Kommentatoren, die sie grob beleidigt haben. Damit revidiert das oberste Gericht einen Beschluss des Berliner Landgerichts, das ein entsprechendes Anliegen der Politikerin im Herbst 2019 noch abgewiesen hatte.

Weitere Informationen: [Pressemitteilung](#) des BVerfG
Kontakt: Pascal [Schellenberg](#), Pressesprecher BVerfG

Graubereiche der politischen Werbung

Die politische Werbung hat durch Social Media und dort agierende Influencer neue Möglichkeiten entdeckt, auf Menschen und politische Prozesse einzuwirken. Das geschieht nicht transparent genug. Fünf Graubereiche zwischen politischer Werbung und Kommunikation ermittelte jetzt eine Studie, für die – im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW – von einem Forscherteam mit Prof. Dr. Jörg Matthes von der Uni Wien 5.000 Posts aus September 2021 ausgewertet wurden. Die meisten dieser Formen (Testimonials, Partei-Hashtags, Partei-Filter, direkter Wahlauf Ruf und Werbeposts) seien als Ausdruck freier Meinungsäußerung zu werten, erläuterte Dr. Tobias Schmid, Direktor der Landesanstalt. „Dort jedoch, wo Geld dafür geflossen ist, ist im Sinne der Transparenz für Nutzerinnen und Nutzer sicherzustellen, dass dies als Werbung gekennzeichnet ist.“

Weitere Informationen: [Pressemitteilung](#); [Studie](#) (pdf)
Kontakt: Nele [Nieuwenhuis](#), Pressesprecherin Landesanstalt für Medien NRW

Junge Leute mit Gespür für Netzwerk-Fallen

Von wenigen Ausnahmen abgesehen: Junge Leute schätzen die Demokratie (96 Prozent der 14- bis 24-Jährigen), glauben aber, dass diese durch gezielte Falschinformationen gefährdet ist (70 Prozent). Das ergab eine forsa-Untersuchung im Auftrag der EU-Initiative klicksafe zum Safer Internet Day (SID 22). 88

Prozent der jüngeren Leute haben selbst schon mal Falschmeldungen in den digitalen Netzwerken entdeckt und äußern den Eindruck, dass dies nicht nur bei ihnen zu Verunsicherungen führt.

Weitere Informationen: [Kampagne #FitForDemocracy](#); [SID 22](#)
Kontakt: Dilek [Atalay](#) (klicksafe / Landesanstalt für Medien NRW)

Twitter-Datenanalyse: Laute(r) Scheinriesen

Mit einer umfangreichen Datenanalyse zum Hashtag #Impfung ist FAZ-Autorin Dana Hajek der Frage nachgegangen, wie es kommt, dass die Minderheit der Impfgegner/innen vor allem bei Twitter so stark und laut erscheint. Sie fand dabei heraus, dass deren Accounts je rund 750 mehr Follower haben als der Durchschnitt (3025 Follower) und durchweg einflussreich sind: Das kleine Grüppchen (der Kern der Impfkritiker/innen besteht aus 247 Accounts) sorgt für 29 Prozent der Interaktion im Netzwerk, obwohl es nur 1,9 Prozent aller Accounts ausmacht.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) in der FAZ
Kontakt: Dana Hajek (@danahajek_), Autorin

Zehn Projekte im Kampf gegen Desinformation

Zehn wissenschaftliche Projekte zum Erkennen und Bekämpfen von Desinformation will das Forschungsministerium mit einer Gesamtsumme von 15 Millionen Euro fördern. Die neuen Vorhaben zählen zum Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit „Digital. Sicher. Souverän.“

Weitere Information: [Mitteilung](#) des Ministeriums
Kontakt: Nils [Droste](#), Sprecher des Ministeriums

Mit KI auf Faktencheck

Zum Projekt „noFake“ hat sich das Recherchezentrum Correctiv mit Wissenschaftsteams der Ruhr-Uni Bochum und dem Institut für Journalistik der TU Dortmund zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) Falschmeldungen erkennen und enttarnen. Das Projekt wird vom Bundesbildungsministerium gefördert.

Weitere Informationen: [Projektbeschreibung](#)
Kontakt: David [Schraven](#), Correctiv

Renommierete Schule steht vor dem Aus

Bedenken und Proteste haben nicht genutzt: Das Aus für die renommierte Evangelische Journalistenschule (EJS) in Berlin ist beschlossene Sache. Der Kirche war sie zu teuer, und das in Frankfurt ansässige Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) als Träger konnte sie nicht durch anderweitige Kosteneinsparung retten. Besonders bedauerlich just in einer Zeit der Krisen, kriegsbedingten Propaganda und Desinformation, in der Ausbildung und journalistische Qualität wichtiger erscheinen denn je. Da können auch avisierte fünf neue Volontärsstellen in Frankfurt nicht für Ausgleich sorgen.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) in der „Süddeutschen“
Kontakt: Oscar [Tiefenthal](#), EJS-Leiter

Nun auch auf Deutsch: Internationale Recherchen

Das Global Investigative Journalism Network (GIJN) ist mit seinen Inhalten (Leitfäden und Informationsschriften) nun auch in deutscher Sprache erreichbar: Auf der Seite des Netzwerks Recherche können sich Journalist:innen umsehen, die internationale Recherchethemen aufgreifen wollen oder Kontakt zu grenzüberschreitenden Teams suchen.

Weitere Informationen: [Pressemitteilung](#) Netzwerk Recherche
Kontakt: Anna [Poth](#), GIJN-Redakteurin

Medienhäuser und die Lobby-Arbeit

Das neue Lobbyregister gibt auch Einblick in einschlägige Investitionen der Medienhäuser und -verbände. An der Spitze steht Springer mit mehr als 3,1 Millionen Euro, gefolgt von Google mit drei Millionen. Nur ein Drittel davon gibt Meta aus. Der Verlegerverband BDZV und der Verband privater Medien Vaunet investieren immerhin jeweils mehr als eine halbe Million in ihre Lobbyarbeit, entdeckte „Horizont“ im Lobbyregister.

Weitere Informationen: [Beitrag](#) auf Horizont.net; [Lobbyregister](#)
Kontakt: Mehrdad [Amirkhizi](#), Autor

Zeitschriftenverleger: Aus VDZ wird MVFP

Nach internen Querelen mit seinem Landesverband Berlin-Brandenburg um die künftige Organisationsstruktur hat sich der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) neu aufgestellt: Als Medienverband der freien Presse (MVFP) will er seine Reformpläne ohne den sperrigen Landesverband umsetzen. An der Spitze bleibt als Präsident Rudolf Thiemann.

Weitere Informationen: VDZ/MVFP-[Mitteilung](#); [Grundsatzerklärung](#) (pdf); [Beitrag](#) in W&V
Kontakt: Stephan [Scherzer](#), VDZ-Hauptgeschäftsführer

Schweiz: Aus für die zusätzliche Förderung

Mit knapp 55 Prozent der Abstimmenden haben die Schweizer eine zusätzliche Medienförderung in Höhe von bis zu 151 Millionen Franken abgelehnt. Die Volksabstimmung endete nicht nur knapp, sondern auch sehr unterschiedlich in den Regionen. Die Westschweiz beispielsweise hätte die Förderung mit deutlicher Mehrheit begrüßt, in der Deutschschweiz dominierten bei weitem die Gegner/innen.

Weitere Informationen: [Bericht](#) der BAKOM, [Beitrag](#) auf [persoenlich.com](#)
Kontakt: André [Simonazzi](#), Sprecher des Schweizer Bundesrates

Qualität persönlich

Maria **Exner** von der „Zeit“ ist zur Gründungsintendantin von „Publix“, einem „Haus für Journalismus & Öffentlichkeit“ berufen worden, das die Schöpflin-Stiftung in Berlin-Neukölln eingerichtet hat. Dort sollen kritische Öffentlichkeit und journalistische Neugründungen gefördert werden. Exner tritt ihr Amt am 15. April an.

Staatsministerin Claudia **Roth** hat Prof. Dr. Frank **Lobigs**, Professor für Medienökonomie am Dortmunder Institut für Journalistik, in die Jury des Bundesförderprogramms zur strukturellen Stärkung des unabhängigen Journalismus berufen.

DW-Journalistin Ellen **Heinrichs** übernimmt die Geschäftsführung des neuen „Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog“, das Deutsche Welle, Rheinische Post und RTL zusammen mit dem Constructive Institute aus Dänemark gegründet haben.

Kirsten **von Hutten**, G+J-Justiziarin und Vertreterin des VDZ, ist zur neuen Sprecherin des Deutschen Presserats gewählt worden. Sie löst turnusgemäß Sascha Borowski (DJV) ab, der jetzt als stellvertretender Sprecher fungiert.

Qualität zum Nachlesen

Alla G. **Bespalova** / Horst **Pöttker** (Hg.): [Mediensysteme in Deutschland und Russland](#). Journalismus International 9. Köln: Halem-Verlag, 2022

Marc **Engelhardt**: [Das Verblässen der Welt](#). Auslandsberichterstattung in der Krise. Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung, 2022 (OBS-Arbeitspapier 53)

Tanjev **Schulz**: [Medien und Journalismus](#). Einfluss und Macht der Vierten Gewalt. Stuttgart: Kohlhammer, 2021

Barbara **Witte** / Gerhard **Syben**: [Erosion von Öffentlichkeit](#). Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie. Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung, 2022 (OBS-Arbeitsheft 109)

BDZV: [Zeitungsqualitäten 2022](#). Berlin: BDZV, 2022

Grimme-Institut: www.medienbildungshub.de. Tagesaktuelle Plattform zu Medienbildungsthemen

Zitiert: Qualität in aller Munde

„Die Überzeugung, dass Medien- und Kommunikationspolitik immer auch Demokratiepolitik ist, unterscheidet uns doch gerade von autokratischen Systemen. Wenn wir verhindern wollen, dass öffentliche Meinung durch staatliche Entscheidungen gelenkt wird, dann müssen wir die Regeln öffentlicher Kommunikation weiterhin demokratisch vereinbaren und staatsfern durchsetzen.“
Hamburgs Mediensenator Carsten Brosda im Gespräch mit der FAZ zu seiner Kritik am EU-Verbot russischer Staatsmedien

„Desinformation und Kriegspropaganda können keinen Beitrag zu einem freien demokratischen Diskurs leisten, sondern unterhöhlen diesen vielmehr. Dass es sich bei den Aktivitäten von RT und Sputnik um solches Verhalten handelt, das auf Demokratiegefährdung ausgerichtet ist, erscheint unstrittig. Dass eine wehrhafte Demokratie, die Leitbild des Grundgesetzes wie der EU ist, auch Schutzmaßnahmen medienbezogener Art gegen mediale Feinde der Demokratie ergreifen können muss, liegt nahe.“
Jörg Ukrow vom Institut für Europäisches Medienrecht in einer Replik auf Brosda, veröffentlicht in der FAZ

„Im Journalismus geht es um Benennen und Einordnen. Das sind auch die Grundsäulen einer professionellen Kriegsberichterstattung. Daran erkennt man ihre Qualität und damit ihre Glaubwürdigkeit.“
Prof. Dr. Marlis Prinzing in „Medieninsider“

„Der Name Medienverband der freien Presse sagt ja etwas Gezieltes und Bewusstes aus: Es kommt uns auf Medien an, auf den Journalismus der Verlage, auf die freie Presse. Dieser ideelle Teil erhält durch den neuen Namen ein viel größeres Gewicht. Unsere Verlagshäuser dienen quasi als Infrastruktur für die Demokratie, zusammen mit den Zeitungen.“
Verbandspräsident Rudolf Thiemann im Gespräch mit „Horizont“

Qualitätstreffs: Tagungen und Termine

Mit Blick auf die Corona-Situation werden Veranstaltungen zurzeit konzeptionell umgestaltet und zum Teil digital bzw. hybrid angeboten. Über den jeweiligen Stand informieren die Veranstalter.

6. - 10. April in Perugia: International [Journalism Festival](#)
26. April in Frankfurt/Main: [lpr-forum](#) „Die resiliente Gesellschaft“
30. April in Berlin: 35. [dju-Journalismstag](#) „Bye Bye Bad News“
10. - 12. Mai in Köln: [ANGA COM](#) 2022 mit Mediengipfel
18. - 20. Mai in Bremerhaven: 25. [bpb-Forum](#) Lokaljournalismus
1./2. Juni in Leipzig: [Medientage](#) Mitteldeutschland
8. - 10. Juni in Berlin: [re:publica](#) mit Media Convention
19./20. Juni in Wien: [European Publishing Congress](#)
20./21. Juni in Bonn: DW [Global Media Forum](#)
20./21. Juni in Berlin: [#beBETA](#) BDZV-Digitalkongress
22. Juni in Berlin: [Verleihung](#) Theodor-Wolff-Preis
24. - 26. Juni in Berlin-Wannsee: [dju-Medientage](#) #krassmedial
30. Juni/1. Juli aus Frankfurt/Main: [Horizont-Kongress](#) 2022
5./6. Juli in Nürnberg: [Lokalrundfunktage](#) 2022

Weitere Infos und frühere Rundmails unter www.initiative-qualitaet.de

IQ ist ein auf Kooperation ausgerichtetes ideelles Netzwerk, das keine kommerziellen Interessen verfolgt. Im Verteiler der zweimonatlichen Rundmail befinden sich Mailadressen und Namen von Teilnehmer/innen unserer IQ-Herbstforen, von Vertreter/innen der Partnerorganisationen sowie von Interessenten, die den Newsletter abonniert haben. Diese Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben und nur für den Versand der Rundmail genutzt.

Wenn Sie zusätzliche Informationen über IQ erhalten wollen oder jemanden kennen, die/der sich für IQ interessiert bzw. die Rundmail abonnieren möchte, melden Sie sich bitte per Mail.

Falls Sie künftig keine Rundmail zu IQ mehr bekommen wollen, genügt ebenfalls eine kurze Nachricht.

Rückmeldungen bitte an: Ulrike Kaiser, Initiative Qualität, Bennauerstraße 60, 53115 Bonn
Tel. +49 228 2017218, info@ulrike-kaiser.de; www.initiative-qualitaet.de